



Für die Bürgerinnen und Bürger in den Stadtgebieten
Zellerau, Mainviertel, Nikolausberg und Steinbachtal

zellerauer kurier

Nr. 107, September 2018

Die Zellerauer SPD vor Ort

Freitag, 14. September 2018

Pflege und Wohnen neu gedacht

Das neue Marie-Juchacz-Haus der Arbeiterwohlfahrt

16.30 Uhr Treffpunkt Jägerstraße 15

mit **Stefan Wolfshörndl**,

Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Unterfranken

sowie

Georg Rosenthal, MdL

Volkmar Halbleib, Kreisrat und MdL aus Ochsenfurt

und Ihrer Stadträtin **Gisela Pfannes**

18.30 Uhr Gemütlicher Ausklang im „Mennas Time Out“, Frankfurter Straße 1

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger sind herzlich eingeladen.

Bezahlbarer Wohnraum für Alle

Der Anspruch auf eine angemessene Wohnung ist ein soziales Grundrecht und als solches in der Bayerischen Verfassung verankert.

Der Wohnungsmangel in den Städten stellt eines der drängendsten Probleme Bayerns dar. Auch der Würzburger Wohnungsmarkt ist davon massiv betroffen. Es mangelt an bezahlbarem Wohnraum für Normalverdiener, Familien mit Kindern und Studenten. Resultierend aus einer vor Jahren noch nicht absehbaren Bevölkerungsbewegung und einer steigenden Zahl von Studenten kommt es zu einer immer stärkeren Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt, die nicht zuletzt zu steigenden Mieten führt.

So gibt es derzeit nur rund 3 700 Wohnheimplätze für Studenten in Würzburg. Allein auf diese bewerben sich jedes Jahr etwa 4 700 Interessenten. Die übrigen Studenten drängen auf den freien Wohnungsmarkt. Dieser wachsenden Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt und den einsetzenden Verdrängungsmechanismen muss entgegengewirkt werden.

Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren in Würzburg und ganz Bayern zu viele Wohnungen aus der Sozialbindung gefallen sind und nicht annähernd so viele neu gebaut wurden. Insgesamt hat sich der Bestand an Sozialwohnungen in Bayern von 1999 bis 2014 nahezu halbiert (von etwa 250 000 im Jahr 1999 auf rund 130 000 im Jahr 2014). In Würzburg ist der Bestand an Sozialwohnungen seit 2010 von 4 500 auf 3 800 zurückgegangen.

Auf Bundesebene hat die SPD im Koalitionsvertrag eine Wohnraumoffensive durchgesetzt. Danach werden auch in den Jahren 2020/2021 mindestens zwei Milliarden Euro für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt. Für den freifinanzierten Wohnungsneubau im bezahlbaren Mietsegment werden steuerliche Anreize geschaffen.

In Bayern kommt die CSU-Landesregierung ihren Verpflichtungen in keiner Weise nach. Der Freistaat Bayern baut nicht, verfügt nicht mal über eine Wohnbaugesellschaft. Statt 350 Millionen pro Jahr wie in den 90er Jahren hat der Freistaat im letzten Jahr 2017 nur 87 Millionen Landesmittel in den sozialen Wohnungsbau gesteckt. Viel zu wenig!

Als neuen Tiefpunkt der CSU-Wohnungspolitik können die Vorgänge rund um den Verkauf der 33 000 GBW-Wohnungen zu Lasten der Mieter betrachtet werden. Nach dem Ende der Beweisaufnahme im GBW-Untersuchungsausschuss steht fest: Der heutige Ministerpräsident Söder hat in seiner damaligen Funktion als bayerischer Finanzminister die Öffentlichkeit wissentlich über den Verkauf der 33 000 früher staatlichen GBW-Wohnungen belogen. Ein EU-Verbot an den Freistaat die GBW zu übernehmen, wie von Söder behauptet, hat es nie gegeben.

Die SPD fordert eine deutliche Erhöhung der Mittel für staatlichen Wohnungsbau. Städten, Gemeinden und Genossenschaften müssen staatliche Grundstücke günstig zur Verfügung gestellt werden, wenn darauf bezahlbare

Wohnungen errichtet werden. Ebenso muss der Neubau von Studentenwohnheimen gefördert werden. Es muss eine staatliche Wohnbaugesellschaft geschaffen werden, die in den nächsten Jahren mindestens 25 000 dringend benötigte Wohnungen baut. Die finanziellen Mittel sind da: Also wann, wenn nicht jetzt?

Was haben wir gemacht?

Auch für unseren SPD-Ortsverein stellt bezahlbarer Wohnraum ein Kernanliegen dar. Unser **43. Politischer Aschermittwoch der Zellerauer SPD am 14.2.2018** im Würzburger Hofbräukeller stand unter dem Titel **„Wohnen in der Universitätsstadt Würzburg“**. Hochschulpfarrer Burkhard Hose, der Sprecher der Juso-Hochschulgruppe Michael Reitmair und Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal diskutierten mit dem Publikum über notwendige politische Entscheidungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Für die musikalische Umrahmung sorgte das Swing Nova Trio.

Zu einem weiteren Aspekt der Thematik haben wir am 6.7.2018 unter dem Titel **„Bezahlbarer Wohnraum – Was kann das Würzburger Umland dazu beitragen?“** in die ETSV-Gaststätte „Blauer Adler“ eingeladen. Professor Dr. Alexander Schraml, Vorstand des Kommunalunternehmens des Landkreises Würzburg, und Landtagsabgeordneter Georg Rosenthal diskutierten mit dem Publikum dabei auch über den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und die kommunale Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis.

Unser Bänkchen steht wieder!



Stadträtin Gisela Pfannes und Ortsvorsitzender Klaus Friedrich am 26.5.2018 (Foto SPD Zellerau)

1992 stiftete die Zellerauer SPD für das kleine Plätzchen vor der ehemaligen Sparkassen-Filiale an der Ecke Frankfurter/Michelstraße eine Sitzbank. Nach mehrjähriger Unterbrechung steht es nun seit Abschluss der Bauarbeiten in der Bruno- und Michelstraße wieder dort, auf der anderen Seite der Michelstraße, und kann von den Zellerauerinnen und Zellerauern für eine kleine Pause auf dem Weg zum Einkaufen oder auch einfach zum Verweilen genutzt werden.

Ein herzliches Dankeschön der Zellerauer SPD gilt der Stadtbau Würzburg GmbH für die Unterstützung. ■

Übrigens ...

Die Zellerauer SPD fordert weiterhin den Erhalt des „Dencklerblocks“ und sieht hier auch die öffentliche Hand gefordert!

100 Jahre Frauenwahlrecht: Ein Grund zur Freude, aber auch Ansporn

Geboren in der Französischen Revolution (1789–1799), musste die europäische Frauenbewegung einen langen Atem beweisen, um endlich nicht nur die (männlichen) Bürgerrechte ausweiten zu können, sondern im Allgemeineren die Menschenrechte für alle, also insbesondere für Frauen, einzuführen.

Zu diesem Zeitpunkt galten Frauen als keine echten Bürgerinnen mit geschützten Rechten, sondern waren ihr ganzes Leben von Männern abhängig. Das begann mit dem Vater und den Brüdern und ging weiter mit dem Ehemann, denn Frauen durften damals weder zur Schule, noch arbeiten oder sich auch nur gesellschaftlich engagieren, was natürlich auch die Politik und damit das Wahlrecht beinhaltete. Ihre einzige Aufgabe war das Gebären der Kinder, die Erziehung dieser und die Führung des Haushaltes ohne das Recht auf eigenen Besitz. Diese unerfreuliche Situation sollte europaweit noch mehr als 100 Jahre weiter gehen und ließ daher im Verborgenen auch in Deutschland eine nicht offizielle Frauenbewegung entstehen.

Erst 1918 wurde vor allem durch die SPD das Frauenwahlrecht in Deutschland eingeführt. Damit konnten deutsche Frauen ab 1919 sowohl selbst wählen, als auch gewählt werden. Damit hat die SPD unter Beweis gestellt, dass sie ihrer Forderung nach Gerechtigkeit auch Taten folgen lässt. Denn als älteste Partei Deutschlands hat sie schon knapp 30 Jahre vorher das Frauenwahlrecht als Forderung in ihr Parteiprogramm aufgenommen (1891).

Damit kämpfte sie schon für die Frau, bevor Frauen in Deutschland sich offiziell politisch engagieren durften (1908). Denn es gab schon immer engagierte Frauen in der SPD, da Teile der Frauenbewegung Gründungsmitglieder unserer Partei waren.

Es folgten über die Jahre stetige Verbesserungen der Rechte der Frauen in Deutschland. Ein weiterer Meilenstein war 1949 der Artikel 3 des Grundgesetzes, der besagt, dass Männer und Frauen gleich sind. Als eine der „Mütter“ dieses Artikels lässt sich die SPD-Abgeordnete Elisabeth Selbert nennen. Dennoch dauerte es bis 1958 in Deutschland, dass eine Ehefrau nicht mehr darum bangen musste, dass ihr Arbeitsvertrag vom Ehemann beendet wird. Daher wurde der besagte Grundgesetzartikel 1994 ergänzt durch den Satz: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“

Auch im Frauenwahlrechtsjubiläumsjahr 2018 gibt es nach wie vor noch einige Themen für die sich besonders die SPD einsetzt und von denen nicht nur Frauen profitieren würden:

- Ungleiche Entlohnung zwischen Mann und Frau abschaffen (Equal-Pay)
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördern
- Gewalt gegen Frauen bekämpfen
- Mehr Frauen in den Parlamenten

Daher am 14. Oktober die SPD wählen!

Das haben wir erreicht!

Erfolge der SPD in der Bundesregierung

Beiträge zur Krankenversicherung Halbe-halbe ist gerecht

Ab 1. Januar 2019 teilen sich Arbeitgeber und Versicherte nicht nur den allgemeinen Beitrag zur Krankenversicherung, sondern auch den Zusatzbeitrag, den bislang die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allein zahlen mussten. Beschäftigte zahlen künftig weniger, Arbeitgeber mehr. Es gilt dann die so genannte Parität.

Gleiches gilt auch für Rentnerinnen und Rentner: Die Hälfte ihres Zusatzbeitrags übernimmt in Zukunft die Rentenversicherung.

Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit

Teilzeitbeschäftigte können ab dem 1. Januar 2019 wieder leichter in Vollzeit zurückkehren. Alle Beschäftigten in Betrieben ab 45 Arbeitnehmern erhalten ein Recht auf eine befristete Teilzeitphase. Bisher war der Schritt in die Teilzeit oft eine Einbahnstraße. Jetzt wird eine Brücke zur Teilzeit gebaut – und zurück. Die sogenannte Brückenteilzeit wird vor allem Frauen nicht mehr in der Teilzeitfalle hängen lassen. ■

MINDESTLOHN STEIGT

Der gesetzliche Mindestlohn steigt ab 1. 1. 2019 auf 9,19 € pro Stunde und ein Jahr später zum 1. 1. 2020 auf 9,35 € pro Stunde. Und der Bund schafft zusätzliche Stellen beim Zoll um die Einhaltung des Mindestlohns besser zu kontrollieren.

Dafür steht die SPD bei der bayerischen Landtagswahl

Gebührenfreie Kitas und mehr Erzieherinnen und Erzieher!

Wir wollen sicherstellen, dass jedes Kind in Bayern hochwertige Betreuung bekommt und damit auch die gleichen Chancen auf Bildung. Kinderbetreuung darf keine Frage des individuellen Einkommens sein!

In vielen Bundesländern existiert bereits eine kostenfreie Kita-Betreuung, doch Bayern, als reichstes Bundesland, hinkt hinterher. Eltern müssen teils horrende Kita-Gebühren von über 1000 Euro berappen, um die Betreuung ihrer Kleinen zu sichern. Das darf nicht sein! Wir fordern daher die Abschaffung der Kita-Gebühren und die Übernahme der Kosten durch den Freistaat.

In Bayern fehlen schon heute 11 500 pädagogische Fachkräfte für die Kinderbetreuung. Für den notwendigen Ausbau des Angebots brauchen wir noch mehr engagierte Frauen und Männer, die unsere Kinder in den ersten Lebensjahren begleiten.

Wir wollen diese wichtige Arbeit attraktiver machen. Eine kostenfreie Ausbildung und Fortbildung für Erzieherinnen und Erzieher, wie in anderen Berufen auch, sollte daher selbstverständlich sein. Daneben ist auch eine bessere Bezahlung pädagogischer Fachkräfte in der Kinderbetreuung längst überfällig. ■

Zellerauer/Mainviertler Baustellen

Im Juli 2018 wurde mit der Einweihung der neuen Faultürme auch dieser Sanierungsabschnitt der **Kläranlage** an der Mainaustraße abgeschlossen. Die Sanierung sorgt insgesamt, wie die Zellerauer SPD bei ihrem Besuch im September 2017 festgestellt hat, auch für weniger „dicke“ Luft in der äußeren Zellerau.

Am Niggelweg fand Anfang März 2018 die Grundsteinlegung für das neue Freizeitbad, das **Nautiland-Nachfolgebad**, statt. Mit dem Bau geht es sichtbar voran, die Eisbahn soll im Oktober 2018 eröffnet werden, das neue Bad im Herbst 2019.

Der Bau der neuen **Umweltstation der Stadt Würzburg**, die direkt hinter der Bestehenden an der Bastion am Zeller Tor entsteht, schreitet ebenfalls sichtbar voran.

Das freut die SPD Zellerau-Mainviertel, die sich über viele Jahre für beide Projekte jeweils am bestehenden Standort stark gemacht hat. ■

Wir gratulieren!

Im 2. und im 3. Quartal 2018 gratulieren wir unseren folgenden Mitgliedern zu runden Geburtstagen:

Thomas Bauer – 65 Jahre
Gerhart Gradenegger – 70 Jahre
Heidi Bindschädel – 75 Jahre
Klaus Müller – 75 Jahre

Herzlichen Glückwunsch!

Unser Buchtipp



Hooligans Gegen
Satzbau
Triumph des Wissens

Verlag Antje Kunstmann
München 2018
128 Seiten, 14,- €
ISBN 978-3-95614-268-0

Ein Mitmachbuch zur rechten Zeit. Mit entzückendem Witz reagieren die Hooligans Gegen Satzbau (#HoGeSatzbau) auf Originalbeiträge strammdeutscher Vaterlandsverteidiger aus den sozialen Netzwerken, korrigieren die sogenannte „Rechts-Schreibung“, informieren über Hintergründe, entlarven Falschaussagen und Fake-News und rufen zu einer sachlichen und differenzierten Diskussion auf.

Sie bringen uns durch spannende Haken-Kreuzworträtsel oder „fröhliches“ Brandanschlag-Überleben zum Hinschauen und Nachdenken. Noch nie hat die Begegnung mit Hass und Hetze so viel Spaß gemacht. ■

Am 30. 6. 2018 wurden im Rahmen einer Feier der Würzburger SPD folgende Mitglieder unseres Ortsvereines für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt:

für 25 Jahre: Belinda Schimscheiner und Margit Walla

für 40 Jahre: Günter Bräuer, Michael Dittmeyer und Franz Gugel

für 50 Jahre: Gerhart Gradenegger, Franz Höfer und Walter Kolbow

für 60 Jahre: Helga Jordan

Herzlichen Glückwunsch!

Kulturticket für Studierende – und die Auszubildenden?



In der letzten Stadtratssitzung am 26.7.2018 wurde nach vielen Diskussionen endlich das Kulturticket auf den Weg gebracht. Damit können Studierende ab dem Wintersemester 2018/19 für einen Semesterbeitrag von 2 Euro sämtliche Spielzeitangebote des Mainfranken Theaters kostenlos nutzen. Ausgenommen hiervon sind Sonderveranstaltungen, Gastspiele im Theater und Auftritte des Theaters bei anderen Veranstaltern. Damit kommen Mainfranken Theater und Studentenwerk einer Forderung von über 5 000 Studierenden nach.

Allerdings darf dies erst der Anfang sein, auch für die Freien Theater muss eine Beteiligung ermöglicht werden und – damit es ein echtes Kulturticket wird – auch andere Kultureinrichtungen unserer Stadt miteinbezogen werden. Doch dies ist momentan noch Zukunftsmusik.

Wichtiger ist jedoch die Frage: Warum nur für Studierende? Eigentlich sollten doch möglichst viele Jugendliche für Kultur begeistert werden! Es gibt für mich keinen Grund, Studierende zu privilegieren und Auszubildende zu benachteiligen. Deshalb muss es auch ein (ähnliches) Kulturticket für Azubis geben!

Sicher, die Umsetzung wäre schwieriger, da die Studierenden über das Studentenwerk einheitlich organisiert sind, das trifft für die Azubis nicht zu.

Aber es ist nicht unmöglich, wie das Beispiel Göttingen zeigt. Seit Beginn des Ausbildungsjahres 2016/17 gibt es dort auch ein Kulturticket für Azubis mit dem Slogan „Feierabend? Kultur feiern!“. Verhandlungspartner mit den Kulturschaffenden war neben dem Landschaftsverband Südniedersachsen übrigens die IHK! Wo ein politischer Wille ist, findet sich schon ein Weg ...

Und nicht zuletzt: Auch wenn es in Würzburg die „KulturTafel“ gibt, die eine tolle Arbeit leistet, müssen wir uns politisch dafür einsetzen, dass kulturelle Teilhabe jedem Menschen in unserer Stadt ermöglicht wird ... und dafür wird die SPD-Fraktion auch weiterhin arbeiten!

Ihre Stadträtin Gisela Pfannes

50 Jahre Club der Modelleisenbahner Würzburg e.V.

Vielen Dank an den Club der Modelleisenbahner, der engagiert mit Ausstellungen und Bautagen in seinem Clubheim an der Frankfurter Straße 71 (im ehemaligen Schwimmbad der Adalbert-Stifter-Schule) Interesse und Begeisterung für dieses Hobby weckt, bei jungen und alten Technik-Freaks, Landschaftsbauern, Spiel-Bahnern oder Sammlern aller „Spurweiten“.

Herzlichen Glückwunsch!

100 Jahre Freistaat Bayern

In der Nacht vom 7. auf den 8. November 1918 rief der unabhängige Sozialdemokrat Kurt Eisner, in Bayern an der Spitze der Friedens- und Protestbewegung gegen den Ersten Weltkrieg, den „Freistaat“ aus. In Flugblättern „An die Bevölkerung Münchens“ verkündete er die Abschaffung der Monarchie: „Die Dynastie Wittelsbach ist abgesetzt. Hoch die Republik! Bayern ist fortan ein Freistaat“.

Die Republik in Bayern ist damit zwei Tage älter als im übrigen Deutschland. Am 9. November 1918 rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann in Berlin nach der Abdankung Wilhelms II. die „deutsche Republik“ aus und führte ab 1919 als Ministerpräsident die erste demokratisch legitimierte Reichsregierung nach Abschaffung der Monarchie.

**Landtags- und
Bezirkswahlen
am 14. Oktober 2018 –
SPD wählen!**



**Unsere Stadträtin
Gisela Pfannes**

Sprechstunden
jeden Samstag
von 9–10 Uhr,
unter ☎ 41 57 52

Impressum: SPD Zellerau, www.spd-zellerau.de
Vi.S.d.P. Klaus Friedrich
Weißenburgstraße 3
97082 Würzburg
Satz: Elstersatz, Wildfleckeln
Druck: bonitasprint, Würzburg
Auflage: 9400

In den ersten 100 Tagen führte die Regierung von Ministerpräsident Eisner in Bayern entscheidende Verbesserungen ein: den Acht-Stunden-Tag, die Arbeitslosenhilfe, das Frauenwahlrecht und die Abschaffung der geistlichen Schulaufsicht.

Kurt Eisner wurde am 21. Februar 1919 von einem fanatischen Rechtsradikalen ermordet. Bis heute gibt es für ihn kein würdiges und sichtbares Denkmal. Der bayerischen Staatsregierung – sonst ja immer so stolz auf „ihren“ Freistaat – fällt es schwer, sich zu erinnern. ■

150 Jahre SPD in Würzburg

Am 17.11.2018 feiert die Würzburger SPD mit einem Festakt ihr 150-jähriges Bestehen.

**Unser Landtagsabgeordneter
Georg Rosenthal**

buergerbuero@georg-rosenthal.de
www.georg-rosenthal.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46
97070 Würzburg
☎ 99 11 01 61

**Unsere Europaabgeordnete
Kerstin Westphal**

augustin@kerstin-westphal.de
www.kerstin-westphal.de



Bürgerbüro
Semmelstr. 46R
97070 Würzburg
☎ 45 25 31 28